



12. Mai
2015
Außenpolitik

50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

Dreizehn Jahre hat es gedauert, bis aus einem Wiedergutmachungsabkommen - das sogenannte Luxemburger Abkommen wurde 1952 zwischen der Bundesrepublik und Israel geschlossen - eine „normale“ außenpolitische Gemeinsamkeit erwuchs.

Israel hätte die informellen Kontakte, die seit den 1950er Jahren bestanden, gern frühzeitiger in diplomatische Beziehungen münden lassen. Aber die Bundesregierung zögerte, sie fühlte sich an die Hallstein-Doktrin gebunden, nach der die politische Anerkennung der DDR verhindert werden sollte. Aus Furcht, die arabischen Länder würden die DDR anerkennen, verzichtete die Bundesrepublik ihrerseits auf die offizielle Anerkennung Israels. Als bekannt wurde, dass die Bundesregierung seit 1959 auch Waffen und Waffentechnik an Israel liefert, lud Gamal Abdel Nasser, Staatspräsident von Ägypten, Walter Ulbricht - den damaligen DDR-Staatschef - nach Kairo ein (Besuch im Februar 1965). Die Bundesregierung, seit Herbst 1963 unter Führung von Bundeskanzler Ludwig Erhard, reagierte und leitete die diplomatische Normalisierung mit Israel ein: Am 12. Mai 1965 vereinbarten Bundeskanzler Ludwig Erhard und Israels Ministerpräsident Levi Eschkol die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern. Zehn von dreizehn arabischen Staaten - Ägypten, Algerien, Irak, Jemen, Jordanien, Kuwait, Libanon, Syrien, Saudi-Arabien, Sudan - brachen vorübergehend ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab, wagten es aber (noch) nicht, die DDR anzuerkennen.

Neben der Suspendierung der Hallstein-Doktrin waren für Erhard auch innenpolitische Stolperschwellen zu überwinden. Kritiker innerhalb der Regierungskoalition von CDU/CSU, FDP und DP argumentierten schon beim Wiedergutmachungsabkommen, Israel habe kein Recht auf Unterstützung, da es während der NS-Herrschaft noch gar nicht existiert habe. Auch in der öffentlichen Meinung weckte das Abkommen keinen Jubel: Laut Allensbach-Umfrage im Sommer 1952 hielten 44 Prozent der Deutschen das Abkommen für „überflüssig“; lediglich elf Prozent der Befragten sahen die Wiedergutmachung positiv. Nur mit den Stimmen der sozialdemokratischen Opposition konnte damals das Abkommen im Bundestag verabschiedet werden, zahlreiche Abgeordnete der Regierungskoalition stimmten dagegen oder enthielten sich der Stimme. Auch Wirtschaftsvertreter, zum Beispiel Hjalmar Schacht, ehemaliger Reichsbankpräsident, oder Hermann Josef Abs, zu dieser Zeit Direktor der Deutschen Bank, hatten vor finanzwirtschaftlichen Folgen der beschlossenen Wiedergutmachung gewarnt. Sie und andere Industriekapitäne wollten lieber in arabischen Staaten investieren.

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 50 Jahren war unabhängig von Diskussionen innerhalb der Bundesregierung, außenpolitischen Zwängen und sonstigen Umständen vor allem auch eine persönliche Entscheidung Erhards, wie es in Erinnerungen, Rückblicken und Memoiren – beispielsweise von Rainer Barzel, Kurt Birrenbach, Karl Carstens, Horst Osterheld – beschrieben wird. Ein Entschluss mit „Fernwirkungen“: Es kam zur Gründung einer Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Austausch in kulturellen und anderen gesellschaftlichen Bereichen wurde ausgebaut. Zudem erfährt der deutsch-israelische Jugendaustausch, dessen Anfänge auf das Jahr 1955 zurückgehen, bis heute fast ungebrochenen Zuspruch. Nicht zuletzt profitieren beide Staaten auch wirtschaftlich von ihren Beziehungen.